

Paukenschlag zum Auftakt

Bürgermeister gibt Bürgerbund Auskunft – Alle anderen Parteien verlassen den Saal

Bruchköbel. Das Kommen hatte sich für die Bruchköbeler gelohnt – was diese am Dienstagabend im Stadtparlament geboten bekamen, gab ihnen einen guten Eindruck der parlamentarischen Arbeit in den vergangenen Monaten: Ein dünnhäutiger CDU-Bürgermeister, eine wankelmütige SPD, eine schwache Leistung von FDP und Grünen, allen voran aber ein aggressiver BBB-Chef Alexander Rabold stritten sich nach allen Regeln der Kunst über den Haushalt, das Hallenbad und die Kindergärten.

Bei der letzten Sitzung des Plenums vor der Kommunalwahl Ende März war der Sitzungssaal im Rathaus brechend voll. Zahlreiche Bürger wollten es sich nicht nehmen lassen, ihren gewählten Vertretern bei der Arbeit über die Schulter zu schauen: Der Gesamtelternbeirat der Bruchköbeler Kindertagesstätten hatte zahlreiche Eltern und Erzieherinnen mobilisiert, schließlich sollte Bürgermeister Günter Maibach (CDU) dem Parlament auf Veranlassung Rabolds Daten aus ihren Arbeitsverträgen offenlegen; außerdem wollte der Bürgerbund eine Änderung bei der Organisation der Essensversorgung in den Kitas rückgängig machen. Auch die DLRG war vertreten, denn der Hallenbad-Neubau sollte auf den Weg gebracht werden.

Die Sitzung begann – wie nicht anders zu erwarten – mit einem Paukenschlag: Bürgermeister Maibach bat die Bürger und die Presse, den Saal zu verlassen – schließlich ging es um die persönlichen Daten aus den Arbeitsverträgen der Kita-Beschäftig-

ten. Das Hessische Verwaltungsgericht hatte eine Beschwerde Maibachs gegen ein entsprechendes Urteil des Frankfurter Verwaltungsgerichts erst am Mittag zurückgewiesen. Dieses hatte entschieden, dass Maibach dem Parlament – in nicht öffentlicher Sitzung – die Namen und Wochenarbeitsstunden aller Kita-Mitarbeiter nennen muss (der HA berichtete). Bis auf den Bruchköbeler Bürgerbund verzichteten jedoch alle Fraktionen darauf, diese Informationen zu erhalten und verließen gemeinsam mit den Bürgern und Pressevertretern den Saal. Aus Sicht der Fraktion sind diese Informationen nicht notwendig, um die Arbeit der Verwaltung kontrollieren zu können. Genau dies sieht BBB-Chef Rabold anders: „Es besteht weiterhin der Verdacht, dass Maibach mehr Erzieherinnen eingestellt hat, als wir ihm bewilligt haben.“

Auch über den ersten Antrag, der bei der abendfüllenden Veranstaltung behandelt wurde, gingen die Meinungen der Fraktionen weit auseinander. CDU-Chef Reiner Keim hatte angeregt, Maibachs Magistrat damit zu beauftragen, seine Verwaltung in den kommenden zwei Wochen erneut auf mögliche Einsparungen im Haushalt für 2011 durchforsten zu lassen – die übrigen Parteien lehnten dies ab. Der Bürgerbund sprach von einem „Schaufenster-Antrag“ in Zeiten des Wahlkampfes.

Die FDP nannte Keims Initiative schlichtweg „Effekthascherei“. Grünen-Fraktionschef Harald Wenzel sagte, es sei utopisch zu glauben, durch Konsolidierungsvorschläge könne der Haushalt saniert wer-

den. In eine ähnliche Richtung argumentierte Bürgermeister Maibach selbst. Er hob seine Anstrengungen hervor, durch das Gewerbegebiet im Lohfeld neue Steuereinnahmen zu erzielen. Gleichzeitig sagte er, dass diese durch immer neue Pflichtausgaben – allen voran im Kita-Bereich – aufgezehrt würden. Trotz allem versprach er, bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses weitere Sparvorschläge vorzulegen.

Für die Bürger, die sich über den Fortschritt beim Thema Hallenbad-Neubau informieren wollten, hatte sich das Kommen gelohnt. Bürgerbund und SPD, die hierbei einer Meinung sind, setzten sich mit ihrem Antrag gegen den Willen von FDP, CDU und Grünen durch, die Planung dafür auf den Weg zu bringen. Jene Parteien und der Magistrat blieben bei ihrer Sichtweise: Aus ihrer Sicht ist ein Neubau derzeit nicht finanzierbar. CDU-Chef Keim nannte den Beschluss Realitätsverweigerung. Grünen-Chef Harald Wenzel sprach von einem Luftschloss. Der Erste Stadtrat Uwe Ringel (Grüne) warnte vor Panikmache: Das alte Hallenbad sei nicht akut von Schließung bedroht. Doch alle Appelle halfen nichts.

Der Magistrat muss jetzt die Finanzierung prüfen und ein Planungsbüro damit beauftragen, den Hallenbad-Neubau zu planen. Rechtzeitig vor der Wahl können sich Bürgerbund und SPD damit auf die Fahnen schreiben, die Bruchköbeler ihrem neuen Hallenbad wieder ein kleines Stück näher gebracht zu haben – zumindest auf dem Papier. Christoph Süß (HA)